

## **Antwort der Bundesregierung**

### **auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/8846 –**

#### **Projektförderung des Bundes im Bereich der Grundlagenforschung zu Long COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom**

##### Vorbemerkung der Fragesteller

In Deutschland leiden aktuellen Schätzungen zufolge etwa 2,5 Millionen Menschen unter Long COVID ([www.ksta.de/ratgeber/gesundheit/long-covid-hausaerzte-fordern-mehr-entlastungen-fuer-patienten-und-angehoerige-609221](http://www.ksta.de/ratgeber/gesundheit/long-covid-hausaerzte-fordern-mehr-entlastungen-fuer-patienten-und-angehoerige-609221)). Für die Förderung der Grundlagenforschung ist in der Bundesregierung das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zuständig. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) verantwortet die Versorgungsforschung. Der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach hat am 12. Juli 2023 eine BMG-Initiative „Long COVID“ in der Bundespressekonferenz vorgestellt ([www.youtube.com/watch?v=qlaRehOQcXI](http://www.youtube.com/watch?v=qlaRehOQcXI)). In seinem Eingangsstatement wies Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach darauf hin, dass die im Bereich der Versorgungsforschung bereitgestellten Mittel in Höhe von 40 Mio. Euro „deutlich mehr [seien], als das, was wir in Deutschland insgesamt für die Long Covid-Forschung, für die Grundlagenforschung, die vom Bund gefördert wird, ausgeben werden.“

In Rahmen dieser Pressekonferenz hat sich Prof. Dr. med. Carmen Scheibenbogen, Leiterin der Immundefekt-Ambulanz an der Charité, wie folgt geäußert: „Wir brauchen dringend mehr Forschung und Therapiestudien. Und damit wir hier schnell vorankommen, sollten wir Forschung und klinische Studien Hand in Hand machen. (...) Die bisherigen 22 Mio. Euro, die es insgesamt vom BMBF dafür gab, sind also viel zu wenig. In den USA wurden zehn Mal so viele Gelder pro Kopf der Bevölkerung für Long COVID-Forschung vom NIH [National Institute of Health] zur Verfügung gestellt.“ Prof. Dr. med. Bernhard Schieffer, Klinikdirektor des Universitätsklinikums Gießen und Marburg, äußerte sich auf der Pressekonferenz u. a. wie folgt: „Wir brauchen für zehn Jahre eine Dekade der Long COVID-Forschung. Da ist Post-Vac drin. Da sind die Konsequenzen in Richtung ME/CFS drin. Aber wir müssen irgendwann mal einen Aufschlag machen. (...) Wir brauchen zehn große Institute: virtuell vernetzt, digital zusammengeführt, gemeinsame Konzepte, erleichterte Studienlage, gemeinsame Strukturen (...). Wir brauchen Grundlagenforschung, die uns die Möglichkeiten gibt.“

Der Grundlagenforschung zu Long COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom kommt auch nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU eine Schlüsselrolle zur Entwicklung von wirksamen Therapie- und Behandlungsmöglich-

keiten zu. Das BMBF hat in der Antwort auf die Schriftliche Frage 173 des Abgeordneten Stephan Albani „Wie viele Mittel stehen nach gegenwärtiger Planung der Bundesregierung dem Bundesministerium für Bildung und Forschung in den Jahren 2024 und 2025 zur Bewilligung neuer Projekte im Rahmen der Projektförderung für die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom zur Verfügung?“, auf Bundestagsdrucksache 20/7751 folgendes mitgeteilt:

Mittelansätze für neue Projekte des BMBF im Bereich der Forschung zu Post-COVID (Stand: Juli 2023):

- 2,102 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2024
- 1,497 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2025

Insgesamt habe das BMBF für die Maßnahmen der Projektförderung bislang 22,5 Mio. Euro bereitgestellt. Nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung bereits im Juni 2023 dazu aufgefordert hat ([www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-952958](http://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-952958)), deutlich mehr Mittel für die Forschung zu Long COVID bereitzustellen, stießen die im Juli bekanntgewordenen o. g. Regierungspläne auf scharfen Widerspruch ([www.rnd.de/politik/long-covid-forschung-stark-watzinger-plant-2024-mit-mini-budget-E3GRISVVSZB55MHGTFJA3MUEXI.html](http://www.rnd.de/politik/long-covid-forschung-stark-watzinger-plant-2024-mit-mini-budget-E3GRISVVSZB55MHGTFJA3MUEXI.html)).

Am 20. September 2023 wurde die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger bei der Anberatung des BMBF-Etats im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages von mehreren Parlamentariern auf die geringen Projektfördermittel für die Grundlagenforschung zu Long COVID angesprochen (<https://www.bundestag.de/parlamentsfernsehen?videoid=7557210#url=L211ZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTU3MjEw&mod=mediathek>). Auf Nachfrage der Unionsfraktion antwortete Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger wie folgt: „Wir haben jetzt Mittel veranschlagt insgesamt von über 40 Mio. Euro für Forschungsprojekte. Hinzu kommen die institutionellen Förderungen.“ Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger sicherte ferner eine titelscharfe Aufstellung der Projektfördermittel für die Grundlagenforschung zu Long COVID zu.

Wenige Stunden später wurde Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger im Rahmen einer Regierungsbefragung hinsichtlich der widersprüchlichen Zahlenangabe um Stellungnahme gebeten ([www.bundestag.de/mediathek?videoid=7578531#url=L211ZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTc4NTMx&mod=mediathek](http://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7578531#url=L211ZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTc4NTMx&mod=mediathek)). Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger antwortete wie folgt: „Auf Ihre Kleine Anfrage hatten Sie 23 Mio. Euro [genannt bekommen]. Wir haben aber in der Zwischenzeit weitergearbeitet. Es sind weitere Förderlinien hinzugekommen, sodass wir jetzt einen Betrag von 43 Mio. Euro in die Forschung von Long COVID und Post COVID stecken“. Die Mittel seien „dringend notwendig, um hier diese Krankheit in den Griff zu bekommen und den Menschen Linderung zu verschaffen“.

Am 26. September 2023 hat das BMBF den Parlamentariern des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung eine Auflistung der aktuell laufenden Fördermaßnahmen zugesandt. Demnach hat das BMBF im Rahmen der Projektförderung des Bundes für den Bereich Long-/Post-COVID im Jahr 2022 rund 2 Mio. Euro und im Jahr 2023 rund 7,1 Mio. Euro bereitgestellt. Nach gegenwärtiger Planung der Bundesregierung sollen im Jahr 2024 rund 9,8 Mio. Euro zur Verfügung stehen, wobei zwei Förderlinien (Förderlinie „Förderung interdisziplinärer Verbünde zur Erforschung der Pathomechanismen von ME/CFS“ – geplant: „bis zu 5 Mio. Euro jährlich“ sowie Förderlinie „Förderung von neuen Ansätzen der Datenanalyse und des Datenteilens in der Long-/Post-COVID-19 Forschung“ – geplant: bis zu 2,5 Mio. Euro pro Jahr“) noch zusätzlich hinzukommen könnten.

Am 27. September 2023 wurde im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zum BMBF-Etat, der für die Grundlagenforschung zu Long

COVID zusätzlich 100 Mio. Euro in den kommenden fünf Jahren für die Initiierung einer Nationalen Dekade gegen Long COVID vorsah, von der Regierungskoalition geschlossen abgelehnt (Ausschussdrucksache 20(18)141a). Die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagfraktion, Ria Schröder, begründete dabei in ihrer Wortmeldung die Ablehnung ihrer Fraktion unter anderem wie folgt: „Es ist eine Frage des Respektes, dann auch ehrlich zu sein. Es reicht ja nicht nur Geld zur Verfügung zu stellen, sondern es muss auch Forscherinnen und Forscher geben, die das Geld in Anspruch nehmen. Und die Kapazitäten, und das haben wir leider auch in der Vergangenheit gesehen, werden auch zum Teil nicht abgerufen.“ ([www.bundestag.de/mediathek/ausschusssitzungen?videoid=7578814#url=L211ZG1hdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTc4ODE0&mod=mediathek](http://www.bundestag.de/mediathek/ausschusssitzungen?videoid=7578814#url=L211ZG1hdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTc4ODE0&mod=mediathek)).

### Vorbemerkung der Bundesregierung

Nach einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 kommt der überwiegende Teil der Patientinnen und Patienten in absehbarer Zeit ohne erkennbare gesundheitliche Folgen zur Genesung, andere Patientinnen und Patienten hingegen entwickeln langfristige Folgeerscheinungen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird für diese Folgeerscheinungen die Bezeichnung „Long-COVID“ verwendet. In der wissenschaftlichen Fachliteratur hat sich für länger anhaltende Folgen der COVID-19-Erkrankung der Begriff „Post-COVID-Symptomatik“ durchgesetzt. Er bezeichnet solche Symptome, die später als zwölf Wochen nach Infektion erstmals beziehungsweise wieder auftreten und nicht anderweitig ursächlich erklärt werden können.

Long- beziehungsweise Post-COVID ist eine große gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung. Die Erkrankung belastet die Betroffenen und deren Angehörige stark. Post-infektiöse Krankheitsbilder sind bereits seit längerem im Zusammenhang mit anderen Erregern bekannt, ihre Ursachen und Entstehung sind jedoch noch unzureichend verstanden. Die Symptome von Long-/Post-COVID sind heterogen und die individuellen Ausprägungen des Krankheitsbildes sind unterschiedlich und zum Teil sehr gravierend. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich eine Myalgische Enzephalomyelitis/ein Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) ausbildet.

Die Bundesregierung misst dem Thema Long-/Post-COVID einen hohen Stellenwert bei. Die Forschungsförderung in diesem Bereich hat für die Bundesregierung hohe Priorität und soll die relevanten Forschungsbereiche abdecken. Nach Stand der wissenschaftlichen Forschung kann hinsichtlich der Krankheitsmechanismen von unterschiedlichen übergreifenden sowie organspezifischen Ursachen ausgegangen werden. Entsprechend komplex ist das Krankheitsbild, mit einer Vielzahl möglicher Beschwerden. Der Forschungsbedarf ist hoch, um eine Daten- und Handlungsgrundlage für eine Früherkennung, Diagnostik und Therapie zu erarbeiten. Gleichzeitig ist versorgungsnaher Forschung erforderlich, um geeignete Versorgungspfade zu entwickeln und hierdurch eine bestmögliche Versorgung der Betroffenen zu ermöglichen. Die weitere Erforschung der Erkrankung und die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Patientinnen und Patienten sind für die Bundesregierung wichtige Anliegen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als das für die Forschung maßgeblich zuständige Ressort fördert die Forschung zum Themenbereich Long-/Post-COVID und ME/CFS durch Maßnahmen der gezielten Projektförderung. Inhaltlich umfasst die Förderung des BMBF einen breiten Bereich von der Erforschung der Krankheitsmechanismen über die Diagnostik und Therapieentwicklung bis hin zu Aspekten der Versorgungsforschung.

Nach derzeitigem Stand ergibt sich ein Fördervolumen für die sechs bislang gestarteten Förderaktivitäten des BMBF im Bereich Long-/Post-COVID und ME/CFS von bis zu 59,5 Mio. Euro. Zusammen mit dem Vorhaben „IMME – Aufklärung der immunologischen Pathomechanismen des postinfektiösen Chronischen Fatigue Syndroms (ME/CFS)“ aus einer im Jahr 2020 veröffentlichten themenoffenen Maßnahme zu Pathomechanismen ergibt sich ein Förderbetrag von insgesamt 61,7 Mio. Euro.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) fördert im Rahmen der Ressortforschung darüberhinausgehende Projekte der versorgungsnahen Forschung und beabsichtigt, diese Förderung noch erheblich auszuweiten. Hierfür stehen in den Jahren 2024 bis 2028 Mittel in Höhe von bis zu 81 Mio. Euro zur Verfügung. Darüber hinaus ist geplant, Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung von an Long-/Post-COVID erkrankten Kindern und Jugendlichen mit Mitteln in Höhe von bis zu 52 Mio. Euro zu fördern, vorbehaltlich der Entsperzung entsprechender Mittel durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.

Auch in den exzellenten Forschungsinstituten der Gesundheitsforschung, die langfristig und zum Großteil durch das BMBF finanziert werden, widmen sich viele Projekte der Erforschung von Long-/Post-COVID. Zu nennen sind zum Beispiel das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (HZI), das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e. V. (DZNE) oder das Berliner Institut für Gesundheitsforschung in der Charité (Berlin Institute of Health @Charité – BIH).

Bei den Maßnahmen der gezielten Projektförderung gehen das BMBF und das BMG bei dieser Thematik schrittweise vor. Dies dient dem Ziel, die in der deutschen Forschungslandschaft vorhandenen Kapazitäten und Expertisen gut zu nutzen und damit einen bestmöglichen Beitrag in die weltweiten Forschungsaktivitäten einzubringen.

Bei der Umsetzung der Fördermaßnahmen zu Long-/Post-COVID und ME/CFS greifen das BMBF und das BMG auf die bewährten wettbewerblichen Verfahren zurück, die national auch bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft e. V. und ebenfalls international etabliert sind. Ihre Förderentscheidungen treffen das BMBF und das BMG mit Unterstützung von nationalen und internationalen Gutachterinnen und Gutachtern entsprechend den in den jeweiligen Förderrichtlinien festgelegten Kriterien, unter anderem der wissenschaftlichen und der methodischen Qualität eines Projektvorschlags. Dies dient der Gewährleistung hoher Standards in der Forschung zum Thema Long-/Post-COVID.

Andere Förderaktivitäten, die nicht gezielt für das Thema Long-/Post-COVID durch das BMBF eingerichtet worden sind, liefern im Rahmen langfristiger Bevölkerungsstudien ebenfalls wichtige Erkenntnisse. Beispielsweise wird in dem Nationalen Pandemie Kohorten Netz (NAPKON) des Netzwerks Universitätsmedizin (NUM) der Gesundheitszustand von an COVID-19 erkrankten Menschen langfristig nachverfolgt, um dadurch Rückschlüsse auf Risikofaktoren und Krankheitsmechanismen ziehen zu können. Zusätzlich werden innerhalb der NAKO Gesundheitsstudie, der größten langfristigen Kohortenstudie Deutschlands, Zusammenhänge zwischen der Post-COVID-Symptomatik und dem allgemeinen Gesundheitszustand, den Lebensumständen und potenziellen genetischen Prädispositionen untersucht. Sowohl das NUM als auch die NAKO Gesundheitsstudie bieten eine profunde Basis auch für weitere Forschungsarbeiten in dem Bereich. Allein die Daten der NAPKON-Kohorten sind bereits für rund 90 weitere wissenschaftliche Projekte der Long-/Post-COVID-Forschung genutzt worden.

Insgesamt ergibt sich für den Themenbereich eine forschungspolitische Schwerpunktsetzung, die aus verschiedenen, komplementär ansetzenden För-

deraktivitäten gespeist wird. Die Planung und Umsetzung der Fördermaßnahmen zu Long-/Post-COVID und ME/CFS wird fortlaufend weiterentwickelt und eng koordiniert. Zusätzlich gehen die forschungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung über die reine Forschungsförderung hinaus. Sie umfassen zum Beispiel gleichermaßen die Werbung um internationale Fördermittel und eine gezielte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

1. Wie viele Betroffene leiden nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell in Deutschland unter Long COVID?

Schätzungen zur Anzahl der Long-/Post-COVID-Betroffenen auf Basis von Prävalenzannahmen zu Long-/Post-COVID und der Anzahl von SARS-CoV-2-infizierten Personen können grundsätzlich durchgeführt werden. Studien verwenden teilweise unterschiedliche Falldefinitionen, die Schätzungen variieren daher.

Für den Zeitpunkt Anfang 2022 liegen Berechnungen mit den Daten der Studie „Corona-Monitoring bundesweit – Welle 2“ für Erwachsene im arbeitsfähigen Alter vor. Die Studie wurde vom Robert Koch-Institut (RKI) und dem „Sozio-oekonomischen Panel“ (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW) im Rahmen der Langzeitstudie „Leben in Deutschland“ durchgeführt. Unter Berücksichtigung der sogenannten Hintergrundprävalenz (Häufigkeit dieser Symptome bei nicht infizierten 18- bis 65-Jährigen als Kontrollgruppe) wurde eine Häufigkeit von 8,7 Prozent auf COVID-19 zurückzuführender Symptome bei Erwachsenen in Deutschland für den Zeitpunkt der Studierendurchführung geschätzt. Auf dieser Datengrundlage erfolgte die Berechnung von etwa 390 000 von mindestens einem persistierenden Symptom nach COVID-19 betroffenen Erwachsenen im Alter von 18 bis 65 Jahren.

Exakte Studienergebnisse zur Anzahl der heute von Long-/Post-COVID-Betroffenen in Deutschland werden absehbar nicht zur Verfügung stehen, auch angesichts des variierenden Erkrankungsrisikos, etwa durch neue Virusvarianten oder Re-Infektionen.

Aussagen zu aktuellen Fallzahlentwicklungen – eingeschränkt auch zu absoluten Fallzahlen – können jedoch auf Grundlage von Sekundärdaten getroffen werden. Eine Erfassung von Post-COVID-Patientinnen und -Patienten in der ambulanten kassenärztlichen Versorgung über den ICD-Code U09.9<sup>1</sup> wird fortlaufend vom Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Mit Datenstand vom 4. Oktober 2023 werden hier 305 234 Personen ausgewiesen. Privatversicherte Patientinnen und Patienten sind dabei nicht berücksichtigt.

2. Wie viele Kinder und Jugendliche leiden in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung unter Long COVID?

Für aktuell von Long-/Post-COVID betroffene Kinder und Jugendliche liegen der Bundesregierung keine Datengrundlagen oder Modellrechnungen für verlässliche Einschätzungen vor. Zu den allgemeinen Gründen, die entsprechende Einschätzungen bei Long-/Post-COVID erschweren, kommt bei Kindern und Jugendlichen hinzu, dass die Abgrenzung zwischen gesundheitlichen Langzeitfolgen einer SARS-CoV-2-Infektion und indirekten gesundheitlichen Folgen der Pandemie eine besondere Herausforderung darstellt. Eine vorläufige expertenbasierte Falldefinition zu Long-/Post-COVID bei Kindern und Jugendlichen wurde erst Anfang 2023 durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgelegt.

Bislang veröffentlichte systematische Übersichtsarbeiten zeigen, dass bei Kindern und Jugendlichen die Datenlage aus Studien zu Long-/Post-COVID insgesamt begrenzt ist und zu heterogenen Ergebnissen führt.

3. Wie viele Betroffene leiden nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell in Deutschland unter ME/CFS?

Der Bundesregierung liegen zur Prävalenz von ME/CFS keine eigenen Datengrundlagen oder Modellrechnungen für verlässliche Einschätzungen vor. Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) schätzt im Rahmen der Aufarbeitung des aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstandes zum Thema ME/CFS (IQWiG-Bericht Nr. 1539) die Anzahl von Patientinnen und Patienten mit ME/CFS in Deutschland in der Zeit vor der SARS-CoV-2-Pandemie auf ungefähr 140 000 bis 310 000. Da ein Teil der Post-COVID-Patientinnen und -Patienten die ME/CFS-Diagnosekriterien erfüllt, ist von der Annahme auszugehen, dass die Zahl seither gestiegen ist. Eine verlässliche Quantifizierung ist der Bundesregierung aufgrund fehlender Daten nicht möglich.

4. Wie viele Kinder und Jugendliche leiden in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung unter ME/CFS?

Der Bundesregierung liegen über die in der Antwort zu Frage 3 berichteten Erkenntnisse hinaus keine Daten hierzu vor.

5. Wie viele Betroffene leiden nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell in Deutschland unter dem Post-Vac-Syndrom?
6. Wie viele Kinder und Jugendliche leiden nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell in Deutschland unter dem Post-Vac-Syndrom?

Die Fragen 5 und 6 werden im Zusammenhang beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine validen Zahlen vor, wie viele Personen nach Impfung gegen COVID-19 unter Beschwerden leiden, die als Post-Vakzinations-Syndrom (Post-Vac-Syndrom) bezeichnet werden. Für ein Post-Vakzinations-Syndrom nach einer COVID-19-Impfung gibt es bisher keine einheitliche medizinische Definition. Es können nur Angaben zu den gemeldeten Verdachtsfällen gemacht werden, in denen eine ME/CFS-Erkrankung oder ein Post-Vakzinations-Syndrom als Nebenwirkung nach einer COVID-19-Impfung berichtet wurden. Dabei ist zu beachten, dass es sich um Verdachtsfälle unerwünschter Arzneimittelwirkungen handelt, in denen Symptome, Beschwerden oder Erkrankungen berichtet werden, die zeitlich nach einer Impfung diagnostiziert oder von Geimpften selbst bemerkt wurden und bei denen ein Kausalzusammenhang nicht sicher belegt ist. Es ist bisher nicht belegt, ob ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Long-/Post-COVID-ähnlichen Beschwerden und einer COVID-19-Impfung besteht.

Dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) wurden bis zum 20. November 2023 insgesamt 768 Verdachtsfälle übermittelt, in denen ein Post-Vakzinations-Syndrom nach einer COVID-19-Impfung berichtet wurde. Darüber hinaus wurden dem PEI 1 137 Verdachtsfälle gemeldet, in denen eine ME/CFS-Erkrankung nach einer COVID-19-Impfung berichtet wurde.

Davon wurden für Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 17 Jahren bis zum 20. November 2023 insgesamt 30 Verdachtsfälle gemeldet, in denen ein

Post-Vakzinations-Syndrom, und weitere 31 Verdachtsfälle, in denen eine ME/CFS-Erkrankung nach einer COVID-19-Impfung berichtet wurden.

7. Von welcher Prognose der Betroffenenzahl von Long COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom geht die Bundesregierung in den kommenden fünf Jahren aus bzw. muss die Bundesregierung nach Sachlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse ausgehen?

Der Bundesregierung liegen bislang keine Modellrechnungen vor, mit denen die Fragen zur Entwicklung der Betroffenenzahl von Long-/Post-COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom verlässlich beantwortet werden könnten. Aufgrund der fehlenden Voraussetzungen für fortlaufende, verlässliche Gesamteinschätzungen zur Anzahl der Long-/Post-COVID-Betroffenen sind quantitative Einschätzungen zu Krankheitsverlauf und Prognose schwer möglich.

Aus bevölkerungsbezogenen epidemiologischen Studien sowie klinischen Kohortenstudien liegen unterschiedliche Ergebnisse vor. Auf ihrer Basis kann festgestellt werden, dass Personen mit schweren akuten Verläufen von COVID-19, die stationär oder gar intensivmedizinisch wegen COVID-19 behandelt werden mussten, deutlich häufiger von bleibenden Einschränkungen betroffen sind als Personen mit überwiegend mildem Verlauf.

Nach derzeitiger Sachlage und unter Verweis auf die Antwort zu den Fragen 5 und 6 kann die Bundesregierung keine wissenschaftlich fundierte, verlässliche Prognose über die Anzahl von Personen machen, bei denen in den nächsten fünf Jahren eine ME/CFS-Erkrankung oder ein Long-/Post-COVID-ähnliches Post-Vakzinations-Syndrom auftreten wird. Inwieweit in den nächsten fünf Jahren über eine ME/CFS-Erkrankung oder ein Post-Vakzinations-Syndrom im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung berichtet werden wird, lässt sich ebenfalls nicht abschätzen.

8. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben bzw. Haushaltsansätze in den Jahren 2022 und 2023 für die Grundlagenforschung zu Long COVID in den G7-Staaten entwickelt (bitte tabellarisch auflisten)?

Die Haushaltsansätze der anderen G7-Staaten aus den Jahren 2022 und 2023 für die Grundlagenforschung zu Long-/Post-COVID liegen der Bundesregierung nicht vor.

9. Wie viele Mittel stehen nach gegenwärtiger Planung der Bundesregierung dem BMBF in den Jahren 2024 und 2025 zur Bewilligung neuer Projekte im Rahmen der Projektförderung für die Forschung zu Long COVID zur Verfügung?
10. Wie viele Mittel stehen nach gegenwärtiger Planung der Bundesregierung dem BMBF in den Jahren 2024 und 2025 zur Bewilligung neuer Projekte im Rahmen der Projektförderung für die Forschung zu ME/CFS zur Verfügung?

Die Fragen 9 und 10 werden im Zusammenhang beantwortet.

Jede Fördermaßnahme des BMBF bildet hinsichtlich der Zielsetzung und des Fördergegenstandes eine Einheit. Die Maßnahmen werden über mehrjährige Projekte umgesetzt, deren Laufzeiten sich nach dem jeweiligen Umsetzungsverfahren richten und daher vom Beginn und vom Ende eines Haushaltsjahres unabhängig sind. Für die Bewilligung neuer Projekte stellt sich der Ausschnitt

hinsichtlich der Haushaltsjahre 2024 und 2025 nach derzeitigem Stand wie folgt dar:

Für die Maßnahme zur Förderung von neuen Ansätzen der Datenanalyse und des Datenteilens in der Long-/Post-COVID-19-Forschung sind im Jahr 2025 Fördermittel in Höhe von bis zu 2,5 Mio. Euro vorgesehen.

Für die Maßnahme zur Förderung interdisziplinärer Verbünde zur Erforschung der Pathomechanismen von ME/CFS hat das BMBF im Jahr 2025 Fördermittel in Höhe von bis zu 5 Mio. Euro vorgesehen.

Die Maßnahme zur Förderung von Projekten zum Thema „Computational Life Sciences – Digitale Methoden zur Erforschung postakuter Infektionssyndrome“ wird voraussichtlich auch zum Erkenntnisgewinn zu Long-/Post-COVID wie zu ME/CFS beitragen. Für die Förderung dieser Projekte sind im Jahr 2025 insgesamt Fördermittel in Höhe von bis zu 3 Mio. Euro vorgesehen.

Die Förderung zu diesen drei Maßnahmen wird in den späteren Monaten des Jahres 2024 anlaufen. Für die zur Förderung kommenden Projekte werden im Jahr 2024 Haushaltsmittel gemäß dem sich dadurch ergebenden Bedarf bereitgestellt. Hierfür sind aktuell Fördermittel in Höhe von insgesamt 4,2 Mio. Euro vorgesehen. Für neue Projekte sind in den drei Fördermaßnahmen über die gesamte Projektlaufzeit insgesamt 29 Mio. Euro vorgesehen.

11. Wie viele Mittel stehen nach gegenwärtiger Planung der Bundesregierung dem BMBF in den Jahren 2024 und 2025 zur Bewilligung neuer Projekte im Rahmen der Projektförderung für die Forschung zum Post-Vac-Syndrom zur Verfügung?

Das BMBF hat derzeit keine dezidierten Forschungsprogramme oder Förderaktivitäten zum Thema Post-Vac-Syndrom aufgelegt und fördert derzeit auch keine Forschungsprojekte in diesem Bereich. Die Forschung zu Long-/Post-COVID und ME/CFS kann Beiträge zur besseren Versorgung der betroffenen Personen erbringen.

12. Auf welchen Zeitraum (in Jahren) bezieht sich die von Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger angekündigte Fördersumme in Höhe von 43 Mio. Euro für die Grundlagenforschung zu Long COVID?

Das Fördervolumen von 43,5 Mio. Euro, über das der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung Mario Brandenburg den Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages, Kai Gehring, mit Schreiben vom 26. September 2023 informiert hat, bezog sich auf fünf Förderaktivitäten, die das BMBF zu der Thematik Long-/Post-COVID und ME/CFS bis September 2023 gestartet hat. Die Laufzeit der Projekte hierzu erstreckt sich insgesamt über den Zeitraum von Dezember 2021 bis voraussichtlich zum dritten Quartal 2027, also über etwa sechs Jahre. Nach September 2023 wurde durch das BMBF eine weitere Förderrichtlinie bekannt gegeben und eine Aufstockung der „Nationalen Klinischen Studiengruppe Post-COVID-Syndrom und ME/CFS“ in die Planung aufgenommen. Die Förderaktivitäten des BMBF stellen sich entsprechend wie folgt dar:

Im Mai 2021 hat das BMBF mit der Förderung begonnen und mit der Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben zu Spätsymptomen von COVID-19 (Fördervolumen: 6,5 Mio. Euro) das Feld sondiert mit dem Ziel, das bestehende beziehungsweise vergleichsweise kurzzeitig erschließbare Wissen für die Praxis verfügbar zu machen.



Mit der Richtlinie zur Förderung interdisziplinärer Verbände zur Erforschung der Pathomechanismen von ME/CFS vom September 2023 wird das BMBF die Erforschung der Krankheitsmechanismen von ME/CFS (vorgesehenes Fördervolumen: bis zu 15 Mio. Euro) vertiefen.

Um Patientinnen und Patienten stärker mit Expertenzentren im Sinne einer intersektoralen und multifaktoriellen Diagnostik und Behandlung zu vernetzen, hat das BMBF im September 2022 eine Änderungsbekanntmachung zur Richtlinie „Hybride Interaktionssysteme zur Aufrechterhaltung der Gesundheit auch in Ausnahmesituationen“ veröffentlicht (Fördervolumen: 6 Mio. Euro). Die Vorhaben werden unterschiedliche interaktive Instrumente erforschen und entwickeln, mit denen neben der Vernetzung, der Diagnostik und der Therapie auch das Gesundheitsmonitoring der Patientinnen und Patienten verbessert werden kann.

Die „Nationale Klinische Studiengruppe Post-COVID-Syndrom und ME/CFS“ (vorgesehenes Fördervolumen nach derzeitigem Stand: rund 18 Mio. Euro), die von der Charité – Universitätsmedizin Berlin koordiniert wird, dient dem Ziel der Therapieentwicklung. Hier werden klinische Pilotstudien mit bereits zugelassenen Arzneimitteln und Medizinprodukten durchgeführt, deren Wirkung bei Post-COVID und ME/CFS erprobt werden soll.

Zwei weitere Fördermaßnahmen sollen die besonderen Potenziale heben, die sich aus der Digitalisierung für die Long-/Post-COVID-Forschung ergeben. Die im September 2023 bekanntgegebene Maßnahme zur Förderung von neuen Ansätzen der Datenanalyse und des Datenteilens in der Long-/Post-COVID-19-Forschung (vorgesehenes Fördervolumen: rund 6 Mio. Euro) soll es interdisziplinären Forschergruppen ermöglichen, durch die gemeinsame Analyse von Daten aus unterschiedlichen Bereichen bislang unbekannte Zusammenhänge zu identifizieren.

Mit der im November 2023 veröffentlichten Förderrichtlinie zum Thema „Computational Life Sciences – Digitale Methoden zur Erforschung postakuter Infektionssyndrome“ wird die Entwicklung neuer oder verbesserter KI-gestützter Methoden und Analysewerkzeuge zur Erforschung dieser Infektionssyndrome, die unter anderem durch SARS-CoV-2 verursacht werden können, gefördert (vorgesehenes Fördervolumen: bis zu 8 Mio. Euro).

Die Internetplattform des BMBF zu diesem Themenbereich wird zur Information der Öffentlichkeit regelmäßig aktualisiert.

13. Wie hoch war hinsichtlich der Förderlinie „Förderung von Forschungsvorhaben zu Spätsymptomen von COVID-19 (Long COVID)“ bisher die Bewilligungsquote, sprich, wie viele der Anträge bzw. eingereichten Projektskizzen haben schließlich zu einer Bewilligung geführt?

Wie hoch war das Antragsvolumen (auch auf Skizzen-Ebene) und wie viel ist bewilligt worden (bitte jeweils die Anzahl und die Bewilligungen benennen sowie die Summe angeben)?

Im Rahmen der Fördermaßnahme „Erforschung der Spätsymptome von COVID-19 (Long-COVID)“ wurden insgesamt 56 Verbundanträge eingereicht. Das Antragsvolumen betrug insgesamt 34 Mio. Euro. Aufgrund der Bewertungen unter Einbeziehung von internationalen Expertinnen und Experten wurden zehn Verbände mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 6,5 Mio. Euro zur Förderung ausgewählt. Damit wurden rund 18 Prozent der Anträge bewilligt.

14. Wie hoch war hinsichtlich der Förderlinie „Hybride Interaktionssysteme zur Aufrechterhaltung der Gesundheit auch in Ausnahmesituationen“ bisher die Bewilligungsquote?

Wie viele der Anträge bzw. eingereichten Projektskizzen haben schließlich zu einer Bewilligung geführt?

Wie hoch war das Antragsvolumen (auch auf Skizzen-Ebene) und wie viel ist bewilligt worden (bitte jeweils die Anzahl und die Bewilligungen benennen sowie die Summe angeben)?

Zu der Änderungsbekanntmachung zur Förderrichtlinie „Hybride Interaktionssysteme zur Aufrechterhaltung der Gesundheit auch in Ausnahmesituationen“ wurden nach erfolgter Begutachtung fünf der 17 zum Thema Post-COVID eingereichten Projektskizzen, also rund 30 Prozent, zur Förderung ausgewählt und bewilligt. Das Fördervolumen dieser fünf Vorhaben beträgt einschließlich der zugehörigen Aufstockung des Begleitprojektes der Förderrichtlinie rund 6 Mio. Euro. Das in den 17 eingereichten Projektskizzen veranschlagte Mittelvolumen betrug rund 21,1 Mio. Euro. Der Start der Projekte erfolgte im September 2023.

15. Beabsichtigt die Bundesregierung hinsichtlich der „Nationalen Klinischen Studiengruppe Post-COVID-Syndrom und M/CFS“ die Fortführung einer Förderung über das Jahr 2024 hinaus, wenn ja, für welchen Zeitraum, und in welcher Höhe wird eine Folgeförderung angestrebt, und wenn nein, warum nicht?

Das BMBF beabsichtigt die Förderung der „Nationalen Klinischen Studiengruppe Post-COVID-Syndrom und ME/CFS“ bis in das Jahr 2026 fortzuführen, um die sich ergebenden Potenziale zu erschließen und den Abschluss begonnener Studien zu ermöglichen. Für das Jahr 2025 sind Fördermittel in Höhe von rund 5 Mio. Euro vorgesehen und für das Jahr 2026 rund 3 Mio. Euro in der Planung vorgesehen.

16. Beabsichtigt die Bundesregierung die Veröffentlichung weiterer Förderlinien zur Forschung zu Long-COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom, wenn ja, wann, und zu welchen Schwerpunkten, und wenn nein, warum nicht?

Das BMG richtet einen mehrjährigen Förderschwerpunkt zu versorgungsnaher Long-COVID-Forschung ein. Im Fokus der Förderung stehen Modellprojekte, in denen innovative Versorgungsformen zur Behandlung von Long-/Post-COVID-Betroffenen entwickelt und erprobt werden. Von diesem Förderschwerpunkt werden auch ME/CFS-Patientinnen und -Patienten sowie Menschen mit länger andauernden Beschwerden im zeitlichen Zusammenhang mit einer COVID-19-Impfung profitieren, die Long-/Post-COVID-ähnliche Symptome haben.

Das BMG wird hierzu eine Förderbekanntmachung zur versorgungsnahen Forschung veröffentlichen. Unter Hinzuziehung eines externen und interdisziplinären Begutachtungsgremiums werden die eingegangenen Projektanträge in einem wettbewerblichen Verfahren ausgewählt.

Darüber hinaus ist – vorbehaltlich Entsperrung entsprechender Mittel durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages – ein Förderschwerpunkt für Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die an Long-/Post-COVID erkrankt sind, geplant.

Zudem steht das BMBF weiterhin mit Expertinnen und Experten in Verbindung, um den bestehenden Förderbedarf kontinuierlich zu erschließen und die Förderung weiterzuentwickeln.

17. Wie positioniert sich die Bundesregierung zu dem „Nationalen Aktionsplan für ME/CFS und das Post-COVID-Syndrom“ der Deutschen Gesellschaft für ME/CFS und der Initiative Long COVID Deutschland ([www.longcoviddeutschland.org/wp-content/uploads/2022/02/aktionsplan.pdf](http://www.longcoviddeutschland.org/wp-content/uploads/2022/02/aktionsplan.pdf)), der u. a. die Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle für ME/CFS und Post-COVID auf Ebene des BMG und BMBF sowie einer Task Force vorschlägt, und wie will insbesondere das BMBF die Umsetzung solcher Maßnahmen in Koordination mit dem BMG ggfs. konkret unterstützen?
18. Wird die Bundesregierung in enger Zusammenarbeit zwischen BMBF und BMG eine Nationale Dekade oder ein vergleichbares Programm für die Long-COVID-Forschung ausrufen, wenn ja, wann, und mit welchen konkreten Maßnahmen, und wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 17 und 18 werden im Zusammenhang beantwortet.

Die Bundesregierung nimmt die Anliegen der Betroffenen sehr ernst und ist in vielfacher Weise tätig, um die weitere Erforschung und Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung von Long-/Post-COVID-Patientinnen und -Patienten voranzubringen.

Im Nationalen Aktionsplan für ME/CFS und das Post-COVID-Syndrom werden Schwerpunkte für die Forschung, Versorgung, Aufklärung und Rehabilitation dieser Krankheitsbilder beschrieben. Er wurde im Februar 2022 von den Betroffenenvereinigungen „Deutsche Gesellschaft für ME/CFS e. V.“ und „Long COVID Deutschland“ veröffentlicht und fußt auf einer Analyse der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Situation in Deutschland.

Hinsichtlich der forschungspolitischen Bedarfe, die im zweiten Kapitel des Aktionsplans dargestellt sind, stimmt die Bundesregierung in weiten Teilen mit dessen Aussagen überein. Die vom BMBF bislang veröffentlichten gezielten Maßnahmen adressieren die Bereiche biomedizinische Grundlagenforschung, Therapieforschung, Diagnostikforschung und Versorgungsforschung mit Förderansätzen, die in wesentlichen Zügen den Darlegungen des Aktionsplans entsprechen und auch allgemein die Sichtweise von Expertinnen und Experten widerspiegeln. Hinsichtlich der Fördermittel für Forschungsförderung haben diese BMBF-Maßnahmen den im Aktionsplan als notwendig erachteten Betrag von mindestens 60 Mio. Euro (ohne Versorgungszentren) nahezu erreicht.

Bei der Entwicklung der Maßnahmen nutzen das BMBF und das BMG die eigenen Strukturen und die etablierten Verfahrenswege für ein zügiges und effizientes Vorgehen. Durch Gespräche mit Expertinnen und Experten und mit Vertreterinnen und Vertretern der Betroffenenvereinigungen werden die Förderbedarfe erschlossen und geschärft. Zudem ist ein enger und regelmäßiger Austausch zwischen dem BMG, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und dem BMBF für dieses Thema etabliert. Die Einrichtung einer zusätzlichen Koordinierungsstelle mit einer Task Force, in welcher unterschiedliche Akteure vertreten sind, erwies sich daher nicht als notwendig.

Darüber hinaus ist die Bundesregierung nach Abwägung zu dem Schluss gelangt, dass ein neues Fachprogramm oder eine forschungspolitische Initiative analog der Nationalen Dekade gegen Krebs für die Forschungsförderung von Long-/Post-COVID und ME/CFS angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen dieses Forschungsfeldes weniger zielführend ist.

Auch ohne einen solchen formalen Rahmen gehen die forschungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung über die Entwicklung und Umsetzung von Fördermaßnahmen deutlich hinaus.

Die Bundesregierung befasst sich beispielsweise mit der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zur 20. Legislaturperiode genannten Schaffung eines deutschlandweiten Netzwerks von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen für die weitere Erforschung und Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung rund um die Langzeitfolgen von COVID-19 und ME/CFS. Eine Möglichkeit der Bundesregierung, unmittelbaren Einfluss auf die Hochschulkliniken auszuüben, entsprechende Spezialambulanzen einzurichten oder Vorgaben im Hinblick auf den Betriebsablauf zu nehmen, besteht jedoch nicht. Gleichwohl ist es zielführend, insbesondere die bereits vorhandenen Ambulanzen bundesweit zu vernetzen und auf die Einrichtung neuer Ambulanzen hinzuwirken. In diesem Zusammenhang ist auch der in der Antwort zu Frage 16 genannte Förderschwerpunkt des BMG für versorgungsnahe Forschungsprojekte zu sehen.

Zu den Aktivitäten zählen ebenfalls eine gezielte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit über die Forschungsförderung und die Verzahnung von institutioneller Förderung und Projektförderung in diesem Bereich.

Darüber hinaus verfolgt die Bundesregierung das strategische Ziel, auch international um Fördermittel für die Forschung zu Long-/Post-COVID zu werben. Die Verbesserung der Erkenntnislage zu diesem Themenbereich ist eine weltweite Aufgabe für die Forschung. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich für das Thema Long-/Post-COVID und eine verstärkte Zusammenarbeit auf Ebene der Europäischen Union ein; zuletzt gemeinsam mit den Niederlanden auf der Sitzung des Rates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (Formation Gesundheit) am 30. November 2023. Auf dem Treffen der G7-Wissenschaftsministerinnen und -minister im Jahr 2022 haben sich die G7-Staaten darauf verständigt, die Forschung zu Langzeitfolgen einer Infektion mit SARS-CoV-2 zu unterstützen. Auf Anregung Deutschlands haben sich die G7-Gesundheitsministerinnen und -minister in der Abschlusserklärung ihres Treffens im Jahr 2023 darauf geeinigt, die Forschung zu Long-COVID unter Einbeziehung individueller, sozialer und ökonomischer Einschränkungen voranzutreiben. Die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten bekannten sich bei ihrem Gipfel im Jahr 2023 dazu, bei der Forschung zu Post-COVID eine Vorreiterrolle einzunehmen, um dieses Krankheitsbild besser zu verstehen. Auch wurde Long-COVID von Deutschland bei den G20-Verhandlungen zu Gesundheitsthemen eingebracht. Entsprechende Bezugnahmen wurden in das Outcome-Dokument der indischen G20-Präsidentschaft aufgenommen. Auf diese Weise konnten an entscheidenden Stellen wichtige politische Signale gesetzt werden.

Bezüglich der Aufklärung zu Long-/Post-COVID und ME/CFS hat das BMG eine umfassende Long-COVID-Initiative initiiert, die mehrere Maßnahmen umfasst. Die BMG-Initiative zu Long-COVID wurde im Juli 2023 mit der neuen Informationsplattform [www.bmg-longcovid.de](http://www.bmg-longcovid.de) gestartet. Die Website richtet sich an alle Betroffenenengruppen und bietet neben einer Liste an Beratungs- und Unterstützungsangeboten und einer neuen Servicenummer beim Bürgertelefon auch umfassende Antworten auf die häufigsten Fragen rund um Long- beziehungsweise Post-COVID. Das BMG schafft zudem mit dem „Runden Tisch Long-COVID“ ein Forum zur Vernetzung, in welchem Erkrankte, Betroffenenverbände, Behandelnde, Forschende, Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber und der Kranken- und Sozialversicherungen sowie politisch Verantwortliche gemeinsam beraten. An dem Runden Tisch wirken das BMBF und das BMAS im Sinne des koordinierten politischen Vorgehens der drei Häuser mit.